



Montag, 11. Jänner 1982

Blatt 52

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Zentrale Beratungsstelle für Polen
Einblick in die Stadtverwaltung
Mayr: Niederösterreich betreibt Kindesweglegung an
kranken Menschen
Mayr: Wien zu Gesprächen über Verkehrsverbund
bereit

Kommunal:
(rosa) Neue Dienstleistung für die Bevölkerung
Neuer Primarius im Krankenhaus Lainz
Hilfe durch Selbsthilfe
40 Millionen für die Wiener Volksbildung
Strunz: bessere Luft in Innenräumen

Lokal:
(orange) Beginn der zweiten Polioimpfwelle

Kultur:
(gelb) Prämien für Wiener Theater

Nur
über FS: 9.1. Donauschiff prallte auf Brückenpfeiler
10.1. Das Antlitz des behinderten Kindes
11.1. Schnee in Wien: 2.592 Mann im Einsatz
Feuer im Cafe Central
Hohe-Wand-Wiese: Genug Schnee zum Schifahren
Brandalarm im BRG 8

.....
Bereits am 8. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zentrale Beratungsstelle für Polen (3)

=++++

14 Wien, 8.1. (RK-KOMMUNAL) Die zentrale Beratungsstelle für Polen bei der Stadtbahnstation Josefstädter Straße wird ab kommenden Montag an Werktagen (Montag bis Freitag) jeweils von 9 bis 17 Uhr geöffnet sein. Die Beratungsstelle ist auch telefonisch unter den Nummern 48 35 35 und 48 35 36 erreichbar. (Schluß) ger/bs

NNNN

.....
Bereits am 10. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Einblick in die Stadtverwaltung (1)

=++++

1 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Der Verwaltungsbericht 1980, herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wien, ist kürzlich erschienen. Auf 286 eng bedruckten Seiten gibt er, geordnet nach Geschäftsgruppen, einen Überblick über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung im Jahr 1980. Die Beiträge stammen von den einzelnen Dienststellen und wurden vom Statistischen Amt der Stadt Wien bearbeitet und zusammengestellt.#

Die Leistungen der Stadt Wien gehen, wie Finanzstadtrat Mayr im Gemeinderat erklärte, weit über die Dimensionen einer technokratischen Verwaltung hinaus. Der Verwaltungsbericht zeigt in Tausenden Einzelheiten das Bemühen, die Verwaltung sozial, sparsam und effizient zu führen.

Gutes Beispiel für die wenig spektakuläre und in der Öffentlichkeit kaum bekannte, aber trotzdem schnelle und unbürokratische Tätigkeit der Gemeindeverwaltung ist das der Verwaltungsrevision angehörige Referat für Sofortmaßnahmen. 732mal wurde eingegriffen, wenn Beschwerden oder Anregungen eintrafen. Dazu kommt die Arbeit des Bürgerdienstes, der zur Geschäftsgruppe "Kultur und Bürgerdienst" gehört.

Als weiteres Beispiel, diesmal für die genaue Aufschlüsselung der Daten im Verwaltungsbericht, kann die MA 61 - Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten - mit den ihr zugehörigen neun Standesämtern dienen. Einige Daten: 1980 wurden 40.993 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, 3.884 Personen erwarben die Staatsbürgerschaft neu. Die Staatsbürgerschaftsevidenz umfaßte zum Jahresende 1980 rund 2,126.000 Karteiblätter, mit deren Hilfe der starke Parteienverkehr rasch und problemlos abgewickelt werden konnte.

9.268 Eheschließungen, 16.848 Geburten (+ 7,3 Prozent!) und 25.791 Sterbefälle wurden 1980 von den Standesämtern in die Personenstandsbücher eingetragen. (Forts.) roh/gg

.....
Bereits am 10. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Einblick in die Stadtverwaltung (2)

=++++

2 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Große Bedeutung für die MA 61 hatte das mit 1.1.1980 in Kraft getretene Datenschutzgesetz. Zum Teil war allerdings schon durch ältere Rechtsvorschriften dafür Sorge getragen, daß die unzähligen Daten über Staatsbürgerschaft und Personenstand, die Aufschluß über die rechtliche Seite der Familienverhältnisse gewähren, vertraulich behandelt werden. Derzeit ist eine Bekanntgabe von personenbezogenen Daten an die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

In ähnlicher Weise sind im Verwaltungsbericht sämtliche Magistratsabteilungen behandelt, wobei auf Neueinrichtungen oder neu gesetzliche Regelungen jeweils in besonderer Weise eingegangen wird.

Das Buch, mit genauem Titel "Die Verwaltung der Stadt Wien, 1980", ist im Handel zum Preis von 150 Schilling erhältlich.

(Schluß) roh/bs

NNNN

.....
Bereits am 10. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr: Niederösterreich betreibt Kindesweglegung an kranken Menschen
=++++

4 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR forderte Sonntag in einem Gespräch mit der "RATHAUSKORRESPONDENZ" das Bundesland Niederösterreich auf, die Kosten für die Behandlung niederösterreichischer Patienten in den Wiener Spitälern zu übernehmen. In den Wiener Spitälern werden rund 20 Prozent Patienten aus anderen Bundesländern behandelt, die meisten davon kommen aus Niederösterreich. Es wäre mehr als gerechtfertigt, wenn das Bundesland Niederösterreich einen finanziellen Beitrag zu dieser Leistung beisteuern würde. Die beharrliche Weigerung Niederösterreichs - die jährlichen Kosten für die Stadt Wien betragen rund 500 Millionen - kommt einer Kindesweglegung der Niederösterreicher an kranken Menschen gleich, erklärte Mayr. (Schluß) sei/bs

NNNN

.....
Bereits am 10. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr: Wien zu Gesprächen über Verkehrsverbund bereit

Utl.: Ablehnung einer 5-Tage-Netzkarte für Pendler aus NÖ

=++++

5 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Sonntag in einem Gespräch mit dem ORF-Landesstudio Wien, daß die Stadt Wien an der Schaffung eines Verkehrsverbundes Ost und an Verhandlungen zwischen dem Bund und den drei beteiligten Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Wien äußerst interessiert ist. Allerdings sollten die Vertreter Niederösterreichs nicht so tun, als ob Wien und Burgenland jetzt am Zug wären, da das Bundesland Niederösterreich jahrelang durch sein finanzielles Veto die Schaffung eines Tarifsverbundes im Osten Österreichs verhindert hat. Wenn Niederösterreich seine starre Haltung nun ändert, so ist dies zu begrüßen, betonte Mayr.#

Streitpunkt in der Vergangenheit war die Abdeckung des sogenannten "Durchtarifierungsverlustes", der dadurch entsteht, daß mit einer kostengünstigen Einheitskarte verschiedene Verkehrsmittel in der Region in Anspruch genommen werden können. Derzeit wird dieser Verlust auf 131 Millionen pro Jahr geschätzt und es bestand seit Jahren der Vorschlag, daß dieser Verlust im Verhältnis 50:30:15:5 Prozent vom Bund, Wien, Niederösterreich und Burgenland getragen werden soll.

Scharf wandte sich Mayr gegen den Vorschlag von Landeshauptmann LUDWIG, daß die Wiener Verkehrsbetriebe eine 5-Tage-Netzkarte für Pendler aus Niederösterreich einführen sollten. Mayr warf Ludwig Einmischung in Wiener Tarifprobleme vor. Ludwig, der jahrelang den Verkehrsverbund verhinderte, will mit seinen Äußerungen offensichtlich die versöhnlichen Töne seine Landeshauptmannstellvertreters Pröll torpedieren. Wenn Ludwig wirklich helfen will, dann kann das Land Niederösterreich eine finanzielle Unterstützung für Pendler gewähren, betonte Mayr. (Schluß) sei/bs

Neue Dienstleistung für die Bevölkerung (1)

Utl.: "Langer Donnerstag" der Stadtverwaltung

=++++

6 #Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Als neue Dienstleistung für die Bevölkerung führt die Stadtverwaltung ab kommenden Donnerstag, den 14. Jänner, den sogenannten "langen Donnerstag" ein: Jeweils Donnerstag werden - vorerst versuchsweise - in ganz Wien magistratische Bezirks-Dienststellen und Dienststellen in der Zentralverwaltung zwischen 15.30 Uhr und 17.30 Uhr Parteienverkehr haben. Vor allem Berufstätigen soll es damit erleichtert werden, Angelegenheiten bei Behörden zu erledigen.#

In den Bezirken werden folgende Dienststellen zur Verfügung stehen:

Büros der Bezirksvorstehungen (soweit die Bezirksvorsteher oder deren Stellvertreter am Donnerstag nachmittags Sprechstunden abhalten); Magistratische Bezirksämter, Stadtkassen, Bezirksjugendämter, Tuberkulosefürsorgestellen, Außenstellen der Baupolizei, Standesämter sowie Sozialservicestellen. (Forts.) smo/bs

NNNN

Neue Dienstleistung für die Bevölkerung (2)

=++++

- 7 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Zentral werden am "langen Donnerstag" jeweils folgende Dienststellen zur Verfügung stehen:
- MA 21 - Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes.
 - MA 22 - Umweltschutzberatung.
 - MA 28 - Gehsteigerstellung, Aufgrabungsgenehmigungen.
 - MA 31 - Herstellung von (Wasser-)Haus-Anschlußleitungen.
 - MA 37 (Baupolizei) - Dezernate I und II für die Bezirk 1 - 9 und 20.
 - MA 43 (Friedhöfe) - Tarifstelle, Grabrechtsstelle, technisches Referat, Sanierungsreferat, Gartenreferat.
 - MA 46 - Verkehrspermanenzstelle, Landesfahrzeugprüfstelle.
 - MA 50 (Wohnungswesen) - Vormerkgruppe-Außenstellen, Wohnbeihilfenstellen, Wohnungsberatungszentrum.
 - MA 52 - Wohnhäuserreferate, Tauschreferat.
 - MA 61 - Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen.

In allen genannten Bezirks- und Zentraldienststellen dauert die Arbeitszeit bis 18 Uhr, Einlaß ist jedoch nur bis 17.30 Uhr.

Die Dienstzeit der Außenstellen des Bürgerdienstes (bisher bis 19 Uhr, wird nunmehr - aus Gründen der Einheitlichkeit - ebenfalls um 18 Uhr enden.

In den Amtshäusern, in denen es Dienststellen mit einem "langen Donnerstag" gibt, werden die geänderten Amtsstunden angeschlagen.

(Schluß) smo/gg

NNNN

Beginn der zweiten Polioimpfwelle

=++++

8 Wien, 11.1. (RK-LOKAL) Heute, Montag, dem 11. Jänner, wird die Kinderlähmungsimpfaktion in Wien mit einem zweiten Impfgang fortgesetzt. Geimpft wird bis einschließlich 23. Jänner in allen Bezirksgesundheitsämtern, Montag, Dienstag und Freitag von 8.30 bis 11.00 Uhr sowie Mittwoch von 13 bis 15 Uhr. Darüber hinaus wird es in einigen Bezirksgesundheitsämtern auch an Samstagen in der Zeit von 9 bis 11 Uhr und Donnerstag von 17 bis 19 Uhr Impfmöglichkeiten geben.

Zwtl.: Bisher 10.000 Geimpfte mehr

Der Appell der Gesundheitsbehörden gegen die Impfmüdigkeit der Bevölkerung bei der ersten Teilimpfung im Rahmen der Impfaktion im vergangenen November hatte erfreulicherweise großen Erfolg. So wurden in den Gesundheitsämtern insgesamt 19.025 Personen gezählt. Im Vergleich dazu: Ein Jahr zuvor waren es im gleichen Zeitraum 9.365 Wienerinnen und Wiener gewesen. Die Gesundheitsbehörden hoffen, daß diese erfreuliche Tendenz auch bei der zweiten Impfwelle anhalten wird und sich möglichst viele daran beteiligen werden. Besonders gefährdet sind ja bekanntlich Säuglinge und Kleinkinder, die an dieser Impfaktion ab dem vollendeten dritten Lebensmonat teilnehmen können. Die Kinderlähmungsimpfung besteht aus drei Teilimpfungen, wobei eine Teilimpfung allein keinesfalls zum Schutz vor der Krankheit genügt. Der Impfschutz reicht für 10 Jahre. Mit besonderem Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß es in vielen europäischen Ländern immer wieder zu Epidemien kommt und daher jederzeit die Gefahr einer Einschleppung bei Kinderlähmung aus dem Ausland besteht. (Schluß) zi/ap

NNNN

Prämien für Wiener Theater

Utl.: Anreiz zur Aufführung österreichischer Autoren

=++++

9 #Wien, 11.1. (RK-KULTUR) Insgesamt eine Million erhielten 21 Wiener Bühnen, die in der Spielzeit 1980/81 österreichische Dramatiker aufgeführt haben.#

Die Wiener Theater sollen einen Anreiz erhalten, Stücke österreichischer Autoren, insbesondere von Zeitgenossen, in ihre Spielpläne aufzunehmen, und die betreffenden Schriftsteller sollen eine entsprechende finanziell spürbare Anerkennung erhalten - das ist der Grundgedanke der von Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK im Jahr 1981 initiierten Prämienaktion. Eine Million wurde 1981 auf 21 Groß-, Mittel- und Kleinbühnen aufgeteilt, die in der Spielzeit 1980/81 österreichische Dramatiker aufgeführt haben. Dabei wurde die Bedeutung und Größe des Theaters, die Anzahl der Vorstellungen und der Anteil österreichischer Autoren am Gesamtspielplan berücksichtigt. Aufführungen lebender Autoren fielen besonders ins Gewicht, ihnen sollen die Theater auch entsprechende Anteile der Prämien überlassen. Die Aktion wird auch für die Spielzeit 1981/82 fortgesetzt. (Schluß) gab/bs

NNNN

Neuer Primarius im Krankenhaus Lainz

=++++

10 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Im Krankenhaus Lainz wurde Montag Univ.-Prof. Dr. Alfred PRIESCHING als neuer Vorstand der Zweiten Chirurgischen Abteilung von Personalstadtrat Franz NEKULA und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in sein Amt eingeführt. Univ.-Prof. Dr. Priesching tritt damit die Nachfolge von Dr. Franz HEINZMANN an, der in den Ruhestand trat. Der neue Primarius war bisher stellvertretender Klinikvorstand der Ersten Chirurgischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus.
(Schluß) zi/gg

NNNN

Hilfe durch Selbsthilfe

Utl.: Enquete im Wiener Rathaus

=++++

13 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Enquete zum Thema Selbsthilfegruppen veranstaltet das Jugendamt der Stadt Wien am Donnerstag, dem 14. Jänner im Wappensaal des Wiener Rathauses. Die Enquete wird von Viezebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet. Das Hauptreferat hält Univ. Prof. Michael Lukas MOELLER vom psychosomatischen Zentrum der Universität Gießen. Prof. Moeller hat vor allem durch sein Buch "Selbsthilfegruppen", die Selbsthilfebewegung im deutschsprachigen Raum begründet. Weiter werden Mitarbeiter des Instituts für Ehe- und Familientherapie über die Überleitung einer Ehepaargruppentherapie in einer Selbsthilfegruppe sprechen. Obersenatsrat Dr. Walter PROHASKA nimmt als Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien zu Selbsthilfegruppen für Jugend- und Familienprobleme Stellung. Anschließend findet eine Plenumsdiskussion mit den Referenten statt. (Schluß) ba/bs

NNNN

40 Millionen für die Wiener Volksbildung

=++++

14 #Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Für die verschiedenen Aktivitäten des Verbandes der Wiener Volksbildung im Jahr 1982 genehmigte der Gemeinderatsausschuß "Bildung, Jugend, Familie" am Montag 40,18 Millionen S. Mit den Mitteln können die umfangreichen Tätigkeiten für die außerschulische Bildung fortgesetzt werden.#

Dem Verband der Wiener Volksbildung gehören 15 Volkshochschulen und als Spezialeinrichtung das Wiener Planetarium, zwei Volkssternwarten, die Kleine Galerie, die Künstlerische Volkshochschule, das Bildungszentrum aktiv und die Volkshochschule für Hörbehinderte an.

Im vergangenen Jahr wurden in den Wiener Volkshochschulen 6,750 Kurse von 98.315 Hörern belegt. Außerdem fanden 6.117 Einzelveranstaltungen mit 728.301 Besuchern statt. (Schluß) ba/ap

NNNN

Strunz: bessere Luft in Innenräumen

=++++

17 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Vor der Verwendung von Erdgas-Backrohren zum Heizen und vor 5-l-Durchlauferhitzern ohne Abzug warnte ÖVP-Gemeinderat DDr. STRUNZ wegen der dadurch entstehenden gefährlichen CO- und Stickstoffkonzentrationen. Im Pressegespräch der ÖVP am Montag wies Strunz auch auf das Umweltbüro seiner Partei hin.

Die Hauptkläranlage funktioniere noch immer nicht, sagte Strunz, außerdem: Einsatz mobiler Tauchbelüfter, ständige Überwachung und Abdeckung geruchsintensiver Zonen mit Stroh oder Gras könne Abhilfe schaffen. Aus der Klärschlammasche könnten Phosphate als Alternativstreusalz gewonnen werden.

Strunz kritisierte außerdem die Biomüll, die keine Müllbunker besitzt. Schließlich meinte er, die Rinter-AG könne, deutschen Beispielen folgen, Brennstoff aus Müll herstellen.

Zwtl.: Busek zum UN-Konferenzzentrum

In der Montag-Pressekonferenz erneuerte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK auch seine Ablehnung des UN-Konferenzzentrums. Die Politik müsse sich von längst überholten Großtechnologien und Riesenprojekten, die niemand mehr finanzieren kann, abwenden. Zur Frage der Arbeitsplatzsicherung durch den Bau des Konferenzzentrums meinte Busek, der Ausbau der Hofburg und des Messepalastes sei wesentlich arbeitsintensiver. Auch wirke sich das Konferenzzentrum, das frühestens im Herbst begonnen werde, nicht auf die in nächster Zeit zu erwartenden Rückgänge im Baugewerbe aus. Schließlich sei nicht nur die Zeit der Großkongresse vorbei, auch die Erhaltungskosten für das Konferenzzentrum wären zu hoch. (Schluß)
hs/bs

NNNN